

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Buchdruck Dresden.
Druckerei-Comptoir 25 241.
Tarif für Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vorort bei täglich zweimaliger Lieferung durch die Post...
Anzeigen-Preise. Die 1. Spalte 37 mm breit...
Schriftleitung und Hauptgeschäftsbüro:
Merseburgerstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Giepl & Kießner in Dresden.
Postfach-Num. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unserlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

August Förster Flügel, Pianos
Löbau (Sa.) Verkaufsort: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage.

Der Kampf um Gleiwitz.

Die unfähigen Franzosen.

Wagner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.
Oppeln, 8. Juni. Die Stadt Gleiwitz steht vor der Einnahme durch die Engländer. Die Engländer haben außer dem Bahnhof auch die Post in Gleiwitz besetzt...

Katibor unter polnischem Geschützfeuer.

Katibor, 8. Juni. Nachdem seit Sonnabend die Vorstadt Plania unter polnischem Artilleriefeuer gelegen hatte, richteten die Aufreiter morgens gegen 4 Uhr eine Anzahl 7,5-Zentimeter-Granaten ins Stadtinnere.

Zusammenstoß zwischen Selbstschutz und Franzosen?

Oppeln, 8. Juni. In der vergangenen Nacht soll es, wie der „Vol-Anz.“ meldet, in der Nähe von Radzostan zwischen dem ober-schlesischen Selbstschutz und den Franzosen zu einem Zusammenstoß gekommen sein.

Eine neutrale Zone in Oberschlesien.

Berlin, 8. Juni. Die „Vormärts“ meldet, beginnt sich die Bildung einer neutralen Zone in Oberschlesien zwischen den polnischen und deutschen Streitkräften zu vollziehen. In der Mitte der Front schieben sich englische und französische Truppen zwischen den deutschen Selbstschutz und die polnischen Aufständischen.

Anforderung von Lebensmitteln.

Gené, 8. Juni. Der „Temps“ meldet aus Oppeln: Die Interalliierte Kommission hat die deutsche Regierung zur schleunigen Beorderung von Lebensmitteln an die ober-schlesischen Industriegebiete aufgefordert.

Die Verhandlungen über Oberschlesien.

Berlin, 8. Juni. Die deutschen Schritte in Paris und London sind, wie über Paris gemeldet wird, kurzerhand abgelehnt worden. Nach dem „Antragsagent“ hat der deutsche Botschafter in Paris bei Briand einen Schritt unternommen, um sich darüber zu besorgen, daß die Interalliierte Kommission in Oppeln gedrückt habe, die verbindlichen Zusagen aus den deutschen Städten Oberschlesiens zurückzuziehen, wenn die Ordnung nicht wieder hergestellt würde.

Weiter wird gemeldet, die englische Regierung habe die deutsche wissen lassen, daß die verbindlichen Zusagen, die zur Verfügung der Abstimmungskommission stehen, in aller Kürze auf die nötige Zahl gebracht werden, um die Unruhen niederzudrücken und daß der deutsche Vorschlag, den englischen Truppen Hilfe leisten zu wollen, nicht angebracht sei, sondern nur dazu beitragen würde, die Schwierigkeiten der augenblicklichen Lage noch zu verschärfen.

Unberücksichtigt sind der englische und der französische Botschafter in Berlin bezüglich des Vorrückens des deutschen Selbstschutzes in der Gegend von Radzostan bei der deutschen Regierung vorstellig geworden. Die Reichsregierung hat auf den Selbstschutz in Oberschlesien, der der Befehlsgewalt der Interalliierten Kommission untersteht, keinen Einfluß. In diesem Sinne dürfte auch die Antwort antworten sein.

Dresden, 8. Juni. Bei den am Sonnabend und Sonntag in Orowo, Grawden und Thorn stattgehabten Deutschen durch die Polen sind auch sieben deutsche Staatsangehörige angegriffen und von den Polen mißhandelt worden. Die Reichsregierung hat eine Beschwerde noch nach Warschau gerichtet, die gestern Berlin verlassen hat.

Das Ziel der polnischen Vanden.

Berlin, 8. Juni. Ueber Breslau wird dem „Vormärts“ über den anarchischen Zustand, der unter der Herrschaft Korfantus im ober-schlesischen Industriegebiet eingetreten ist, berichtet, daß ganz unverkennbar Korfantus die Zügel hinter der Front nicht nur deshalb aus der Hand gelassen seien, weil seine Banden sich zum größten Teil aus zufälligen Gefunden zusammensetzten, sondern weil eine andere illegale Organisation sie ihm zum Teil aus der Hand genommen habe. Die linksradikalen Kreise machten kaum mehr ein Geheimnis daraus, daß sie alles daran setzten, von Ober-schlesien aus die „Weltrevolution“ zunächst durch dessen Volkserweckung „Vorwärts“ zu treiben. Der Erfolg, den sie mit der Inbetriebnahme des Streiks im niederschlesischen Industriegebiet gehabt haben, gebe ihnen die Hoffnung, in kurzer Zeit auch die Brandstiftungsreviere in Mitteldeutschland hinzulegen zu können und dann das Industriegebiet entweder durch Streikverhandlungen oder durch Provokationen von der Weisung durch die Entente auszuhalten. Auf diese Weise sollen die Industrie-Produktion, Arbeitseinrichtungen in großem Maße erzwungen und so die Voraussetzungen zu dem Endkampf geschaffen werden. Vertrauensleute von Korfantus scheinen mit den entsprechenden revolutionären Kreisen Fühlung genommen zu haben. Der Aufstrebende gewinne den Eindruck, daß beide Parteien, die linksradikale wie Korfantus, einander zu benehmen suchen, um im gegebenen Augenblick den Mittelstreik zu betreiben und allein die Macht zu erlangen. Der Mut der revolutionären Anhänger werde dadurch gehärtet, daß man ihnen verheißt, in England wären ebenfalls deutsche Waffen in großer Menge ansetzbar und können zu illegalem Export bereit.

Die englische Antwort an Frankreich.

Paris, 8. Juni. Die englische Regierung hat, wie bekannt, beabsichtigt, der französischen Regierung eine Antwort auf die französische Note vom 31. v. M. zugehen lassen. Die britische Regierung erklärt sich darin mit der französischen Regierung einig, daß die gesetzliche Ordnung in Oberschlesien gemäß dem Friedensvertrage wieder hergestellt werden müsse, bevor irgendeine Entscheidung getroffen werde. Die englische Regierung hält hinzu, daß sie den Bericht ihres neuen Kommissars in Oberschlesien über die Lage abwarten wolle, bevor sie sich über die Frage der Prozedur äußern könne, die verlangt werden sollte, um die ober-schlesische Frage zu lösen. Die französische Regierung hat sofort auf diese Mitteilung geantwortet und erklärt, daß sie sich in diesen beiden Punkten dem englischen Standpunkte anschließen. Es habe ebenso in der Absicht der französischen Regierung gelegen, die Ordnung in Oberschlesien wieder herzustellen.

Das gescheiterte englisch-französische Bündnis.

Paris, 7. Juni. Der „Matin“ läßt sich aus London melden: Nach Informationen, die aus amtlichen englischen Kreisen kommen, ist auf Anregung des englischen auswärtigen Amtes die neuerdings in der französischen und englischen Presse vielfach erörterte Frage einer schumierischen Entente zwischen England und Frankreich in drei Sitzungen des englischen Kabinetts zur Sprache gekommen. Der Gedanke ist in der Form vorgebracht worden, daß England sich verpflichten solle, im Falle eines deutschen Angriffs Frankreich beizustehen und daß Frankreich als Gegenleistung die englischen Bedenken gegen die Befestigung des Ruhrgebietes berückichtigen und mit England im Orient zusammenarbeiten soll. Für diesen Gedanken seien zwei oder drei Minister, darunter Lord Curzon und Chamberlain, sowie der Unterstaatssekretär im Vondener auswärtigen Amt, Sir Eric Crewe, eingetreten. Die Mehrheit der Minister, darunter Churchill, habe aber den Plan nicht unterstützt. Gegenwärtig werde die Frage von den amtlichen Stellen nicht mehr erörtert.

Der Sanja-Bund gegen Rathenau.

Das Präsidium des Sanja-Bundes erklärt in Ergänzung der bereits auf der Hauptversammlung des Bundes von Seiten des Präsidiums geäußerten Bedenken gegen Dr. Rathenau aus Anlaß seiner Ernennung zum Wiederaufbauminister: Der Sanja-Bund wird mit gespannter Aufmerksamkeit dem Wirken Walter Rathenaus als Wiederaufbauminister folgen, jeden Versuch, den von Rathenau einzeln mit Willkür und Willkür propagierten Planwirtschaftsbeständen in die Tat umzusetzen, als das entgegengesetzte Bestreben sowie alle Geister einer derartigen nationalsozialistischen Politik um sich zu sammeln haben. Wenn daher der Sanja-Bund die Ernennung Rathenaus zum Wiederaufbauminister schon von vornherein nur mit den größten Bedenken betrachten kann, so muß der Bund keine weitere mitarbeitende Tätigkeit beim Wiederaufbau in eine Oppositionstellung ändern, sobald Rathenau seine früheren planwirtschaftlichen Pläne zur praktischen Durchführung zu bringen sucht.

Siegerwald für eine „Politik der Mitte“.

Der preussische Ministerpräsident Siegerwald hat einem Vertreter des „Berl. Tagbl.“ über die Umbildung des preussischen Kabinetts erklärt, er trete für eine Politik der Mitte ein, die von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie reiche.

Dr. Wirths „Wege zur Verständigung“.

Berlin, 8. Juni. In der heutigen Sitzung des Reichswirtschaftsrates ergriff vor Eintritt in die Tagesordnung Reichsminister Dr. Wirth das Wort. Er führte aus, daß die ausschließliche Frage durch das deutsche Jawort geklärt sei. Ungeklärt sei die Frage der Regelung der Einzelheiten, die aus dem Minimum erwachsen. Wir haben, sagte der Reichsminister, in unserer auswärtigen Politik seitdem dem Gedanken Rechnung getragen, welcher der Verwirklichung unserer Politik ist. Auch in der ober-schlesischen Frage haben wir versucht, das Verhältnis der Deutschen zur Interalliierten Kommission und zu den Polen auf dem Boden der Verhandlungen zu lösen, ohne daß die Waffen im Bürgerkrieg das letzte Wort zu sprechen haben. Wir können uns in der ober-schlesischen Frage vom Rechte, das uns im Friedensvertrage von Versailles gegeben ist, nicht abbringen lassen. Diese Frage darf nicht durch die Tilgung der polnischen Aufreiter gelöst werden. Die Hauptsache ist, daß wir jetzt nicht die Kerne verlieren, und daß die ober-schlesische Frage durch Zwischenspruch des Obersten Rates gelöst werde, der nicht an dem Ergebnis der Abstimmung, die überwiegend deutsch war, vorbeizugehen kann. (Beifall.)

Der Reichsminister hat ferner den Reichswirtschaftsrat um seine Mitarbeit bei der schwierigen Aufgabe der Durchführung des Ultimatums gebittet. Vor allem sei die Frage der Ausfuhrabgabe und die Herausfindung eines neuen Index eine gewaltige Aufgabe für die landesüblichen Beratungen des Reichswirtschaftsrates. Mit Beifall, so sprach Dr. Wirth, wollen wir an diese Aufgabe nicht herangehen, sondern mit Mut und Optimismus. Alle Schritte müssen sich darüber klar sein, daß nicht durch neue Steuern, sondern durch Steuer- und Versteuern dem Vaterlande der Weg zur neuen Freiheit ebnet werden könne. (Beifall.)

Eine Unterredung mit dem „Matin“-Vertreter.

Berlin, 8. Juni. Reichsminister Dr. Wirth empfing den Berliner Korrespondenten des „Matin“ und sagte ihm u. a.: Es ist sehr an der Zeit, die Verhandlungen, konnte ich feststellen, bis zu welchem Grade die Verhandlungsmöglichkeit von Misstrauen gekennzeichnet war. Wenn ich damals die Meinung der deutschen Politik in der Hand gehabt hätte, hätte ich der Entente eine sehr große Reparationssumme angeboten. Der politische Horizont hätte sich dann ein Jahr früher aufgehellt und wir hätten so frühere Zeit gewonnen. Seit 1919 vergifteten sich die Beziehungen der beiden Länder immer mehr. Frankreich, das wenig Interesse an der Verständigung der demokratischen Zustände in Deutschland hatte, befürchtete, daß die Meinungen wieder aus der Fassung kommen würde und daß das laienhafte Regime wiederhergestellt würde, während das Vordringen in Deutschland, das sich eine übertriebene Vorkriegslage von der bolschewistischen Gewalt (2) machte, gegen die Entente aufgebracht war, deren Entschlossenheit es widerstandslos zum Spielball der rassistischen Elemente machen würde.

Londoner Meinungen.

London, 8. Juni. Es ist außerlich bedauerlich, daß die Verhandlungen zum zweiten Male gescheitert sind. Wir werden durch Taten, die beiderseits sind als solche, der ganzen Welt unteren guten Willen beweisen. Besser als Neben werden untere Geld- und Kapitalleistungen die Wege zur Verständigung ebnen. Am besonders werde ich dafür Sorge tragen, daß die im Ultimatum festgelegten Forderungen genau eingehalten werden. Die Berichte, die ich wieder erhalten, lassen mich die Lage in Bayern sehr günstig beurteilen. Ich bin davon überzeugt, daß es in Bayern keine geheimen Waffenlager gibt. In einigen Tagen werden die Einwohner wehren ihre schweren Waffen ausgeliefert haben. Ich erwarte weiter zuverlässig, daß die Interalliierte Kommission in Oppeln mit

General Doerflinger.

ein Abkommen trifft. Ich werde mein Möglichstes tun, um ein Verhandlung zwischen beiden Parteien zustande zu bringen. Der deutschen Bevölkerung in Oberschlesien kann man die Anerkennung nicht verweigern, daß sie, von der Hoffnung getragen, daß Oberschlesien bei Deutschland bleiben wird, eine wahrhafte himmlische Geduld an den Tag gelegt hat, aber ich kann ihnen nicht verweigern, daß die letzten Berichte, die ich aus Oberschlesien erhalten habe, mich sehr stark demühen.

Keine ober-schlesischen Vandalen standen nicht mehr an die Öffentlichkeit.

und das gibt eine äußerst gefällige Zustimmung. Es ist allerhöchste Zeit, daß die Interalliierte Kommission daran geht, die Rechte und das Leben der deutschen Bevölkerung zu schützen, sonst droht in Oberschlesien der Bürgerkrieg. Man kann niemand zwingen, seine Seele dem Mörder des Mörders darzubieten. (Beifall.)

Opposition der Deutschnationalen.

wird meine Regierung eine Krise zu vermeiden wissen und Präsident Ebert wird nicht gezwungen sein, den Reichstag aufzulösen. Die Deutsche Volkspartei treibt keine grundsätzliche Opposition gegen die Regierung. Auch von Reichsminister wird das erste Drittel des Reichsnotopfers einfließen sein, 10 bis 12 Milliarden Papiermark, größtenteils Kriegsanleihe. Die direkten Steuern sollen nur die notwendigen Quellen zur Durchführung der Reparationsleistungen erschließen.